LANDRATSAMT
BODENSEEKREIS

Rede zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2010

Es gilt das gesprochene Wort.

Neben einer Vielzahl von Wahlen war und ist das beherrschende politische Thema in Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise. In Deutschland ist die Wirtschaftsleistung 2009 im Vergleich zum Vorjahr um rund 5 % zurückgegangen, in Baden-Württemberg betrug der Rückgang sogar rund 9 %. Dies war der starken Exportorientierung der baden-württembergischen Industrie geschuldet, was insbesondere auch für den Bodenseekreis gilt. Vor dem Hintergrund dieser Diskussion ist es schon erstaunlich, dass das Wirtschaftsklima verhältnismäßig stabil ist. Noch erstaunlicher, aber auch besonders erfreulich ist es für mich, dass der Einbruch der Wirtschaftsleistung sich auch nicht ansatzweise so stark auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht hat. Zwar ist die Arbeitslosenquote einmal kurz über die 4 %-Marke im Landkreis gestiegen, seit 3 Monaten fällt sie aber wieder kontinuierlich und erreicht mit 3,7 % im Oktober einen im bundesweiten Vergleich bemerkenswert niedrigen Wert.

Diese für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bodenseekreis als grundsätzlich einmal positiv zu bezeichnende Entwicklung ist vor allem dem großen Verantwortungsbewusstsein der Firmen in unserem Landkreis zu verdanken. Fast alle Arbeitgeber haben alles daran gesetzt, ihre Mitarbeiter zu halten und Auftragseinbrüche durch Kurzarbeit zu überbrücken. Von Seiten des Bodenseekreises haben wir versucht, unseren Teil zur Stabilisierung der Situation beizutragen, indem wir zusätzliche Angebote an unseren Berufsschulen geschaffen haben. Ich bin deshalb den Schulleitern und den Kollegen an unseren beruflichen Schulen dankbar, dass sie ausgesprochen flexibel auf die Bedürfnisse der Firmen im Bodenseekreis eingegangen sind.
Genauso dankbar bin ich dem Land Baden-Württemberg, das uns eine zusätzliche Technikerklasse mit den entsprechenden Lehrkräften bewilligt hat. Dadurch konnten wir doch einen guten Teil dazu beitragen, dass Menschen, die von Kurzarbeit betroffen sind, diese Zeit wenigstens zu persönlicher Qualifizierung nutzen konnten.

Dies hat drei Auswirkungen:

- Die beruflichen Chancen dieser Menschen steigen

- Die Unternehmer können ihre Mitarbeiter halten

- Die Arbeitslosigkeit wurde möglichst gering gehalten, was auch eine Eindämmung des Anstiegs der Sozialkosten beim Bodenseekreis bedeutete.

Noch dürfte es allerdings zu früh sein, davon zu sprechen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise überwunden ist. Kurzarbeit ist zeitlich befristet. Nach Ablauf der Fristen wird sich zeigen, ob die weit über 15.000 Kurzarbeitsverhältnisse im Bodenseekreis wieder in reguläre Beschäftigung übergeführt werden können, oder ob doch noch mit einer steigenden Arbeitslosigkeit und damit auch steigenden Sozialausgaben für den Bodenseekreis zu rechnen sein wird.

Betrachtet man nun die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die kommunalen Finanzen, so ergibt sich ein zum Teil bemerkenswertes Bild: Während die Schlüsselzuweisungen bei allen Städten und Gemeinden wie auch beim Landkreis selbst deutlich zurückgegangen sind, ergibt sich bei den Gewerbesteueraufkommen im Landkreis ein sehr differenziertes Bild.
Eine aktuelle Abfrage bei allen 23 Städten und Gemeinden im Landkreis hat drei annähernd gleich große Kuchenstücke ergeben: Während etwas mehr als 1/3 der Städte und Gemeinden von zum Teil deutlichen Einbrüchen bei der Gewerbesteuer berichten, sind die Einnahmen bei einem knappen zweiten Drittel stabil und bei wiederum einem knappen dritten Drittel sogar – zum Teil deutlich – gestiegen. Bis auf eine einzige Gemeinde konnten alle anderen die Einbrüche durch höhere Entnahmen aus zum Teil erheblichen Rücklagen ausgleichen, die in den letzten guten Jahren angesammelt werden konnte. Diese Möglichkeit ist dem Bodenseekreis verwehrt, weil wir schon seit Jahren gerade einmal die gesetzliche Mindestrücklage vorhalten.

In derart wechselhaften und finanziell unsicheren Zeiten muss die kommunale Familie, also Städte und Gemeinden einerseits und der Landkreis andererseits, eng zusammen stehen. Ich habe bereits in meinem „Sommerinterview“ in der Presse darauf hingewiesen, dass auf Grund des kommunalen Umlagesystems die 23 Städte und Gemeinden in unserem Landkreis von auseinanderdriftenden Entwicklungen betroffen sind.

Während einerseits die Kreisumlage auf Grund der hervorragenden Rechnungsergebnisse 2008 bei gleich bleibendem Hebesatz deutlich steigen wird, die Gemeinden also mehr an den Landkreis abführen müssen, müssen sie auf der anderen Seite die schon erwähnten Mindereinnahmen, insbesondere durch die fehlenden Zuweisungen von Bund und Land, ausgleichen. Wenn man kommunale Solidarität also ernst nimmt, ist es ein Gebot der Stunde, alles daran zu setzen, die Gemeinden nicht noch zusätzlich durch eine Erhöhung der Kreisumlage zu belasten. Lassen Sie mich vor diesem Hintergrund zu den Rahmendaten des Haushaltsplanentwurfs für das kommende Jahr 2010 für den Bodenseekreis kommen:

Wenn man die Einnahmeseite betrachtet, dann fällt – zumindest aus Landkreissicht – erfreulich ins Auge, dass die Kreisumlage bei gleichbleibendem Hebesatz um 7,5 Mio. Euro steigt. Allerdings steht schon heute fest, dass auf Grund der Verringerung der Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden im Landkreis im zu Ende gehenden Jahr 2009 die Kreisumlage im Jahr 2011 um über 20 Mio. Euro sinken wird. Bei allem Sparwillen ist zum heutigen Zeitpunkt auch nicht ansatzweise zu erahnen, wie dies aufgefangen werden soll.
Schon heute melde ich deshalb den Anspruch auf Solidarität mit dem Landkreis für das Jahr 2011 an.

Die Kreisumlage ist allerdings auch das einzig Erfreuliche auf der Einnahmeseite. Rückläufige Schlüsselzuweisungen und die deutlich zurückgehende Grunderwerbsteuer drücken die Waagschale in die andere Richtung. Hinzu kommt, dass auch die neue Bundesregierung dort weiter macht, wo alle anderen Vorgänger-Regierungen aufgehört haben: Die Beteiligung des Bundes wird reduziert, so etwa jüngst im Bereich der Kosten der Unterkunft, was automatisch dazu führt, dass die Mindereinnahmen durch Eigenmittel der Landkreise aufgefangen werden müssen.

Ausgesprochen erfreulich ist, dass wir im kommenden Jahr mit erhöhten Dividendenausschüttungen seitens der OEW rechnen dürfen. Die Gesamtausschüttung wurde um 10 Mio. Euro erhöht, so dass der Bodenseekreis mit zusätzlichen Einnahmen von 1,6 Mio. Euro rechnen darf. Dies ist nicht zuletzt auch auf den Druck zurückzuführen, der aus der Mitte des Kreistages des Bodenseekreises kam. Letztlich ist es aber gelungen, den Verwaltungsrat und die Verbandsversammlung der OEW zu dieser Erhöhung der Ausschüttung zu bewegen.

Auf der Ausgabenseite sieht es alles andere als erfreulich aus. Der Bodenseekreis kann sich von der landes- und bundesweiten Entwicklung nicht loskoppeln. So musste der Präsident des baden-württembergischen Landkreistages kürzlich berichten, dass landesweit der soziale Zuschussbedarf um deutlich über 5 % steigen wird. Angesichts der Sonderfaktoren, die im Bodenseekreis unbestritten vorliegen, wie etwa die landesweit höchste Fluktuationsquote aller Landkreise, mit die höchste Scheidungsrate, die mit weitem Abstand höchste Alleinerziehendenquote landesweit sorgen dafür, dass trotz niedriger Arbeitslosigkeit mit steigenden Sozialausgaben gerechnet werden muss. Am eklatantesten ist die Steigerung der Zahl der Kinder und Jugendlichen, die aus ihren Familien herausgenommen und in stationären Einrichtungen untergebracht werden müssen. Durch intensive Anstrengungen ist es gelungen, die Zahl der untergebrachten Kinder bis zum Jahr 2007 auf rund 100 zu senken. Jetzt ist sie aber sprunghaft auf nunmehr 140 angestiegen. Sicherlich ist dies einerseits auf das funktionierende Netzwerk zum Schutz von Kinder und Jugendlichen gegen Missbrauch zurückzuführen, das zu einer erhöhten Aufmerksamkeit bei all denjenigen geführt hat, die mit der Kindererziehung zu tun haben. Andererseits ist diese Zahl aber insbesondere ein erschreckendes Spiegelbild der Entwicklung, die unsere Gesellschaft nimmt.
Immer weniger Familien sind in der Lage, Probleme innerhalb des familiären Umfeldes zu lösen und wälzen die Problematik auf die öffentliche Hand ab. Unterstellt man einmal, dass die Unterbringung eines Kindes in einer Einrichtung mit sozialpädagogischer Vollzeitbetreuung rund 4500 Euro im Monat kostet, dann bedeutet die geschilderte Zunahme der stationär untergebrachten jungen Leute Mehrkosten für den Landkreis in Höhe von rund 2,2 Mio. Euro. Die Antwort auf diese Entwicklung kann nur sein, dass wir noch mehr im Bereich der Prävention, etwa durch Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Eltern im Rahmen von Angeboten in unseren kreisweit flächendeckenden Familientreffs unterbreiten, dass wir noch mehr mit unserem Sozialen Dienst hinausgehen, um frühzeitig Fehlentwicklungen zu korrigieren. Dies bedeutet aber auch, dass wir die in diesem Bereich vom Bodenseekreis mustergültig erbrachten Freiwilligkeitsleistungen gerade nicht zurückfahren dürfen.

Konsequenzen hat diese soziale Entwicklung aber nicht nur auf die Ausgabenseite, sondern auch auf die Belastung unserer Mitarbeiter. 50 % mehr Kinder in stationären Einrichtungen bedeutet auch 50 % mehr Abrechnungsaufwand, 50 % mehr Unterbringungsaufwand und 50 % mehr Betreuungsaufwand.
Diese Entwicklung hat nicht nur zu Klagen seitens der Mitarbeiter geführt, sondern auch zu formellen, arbeitsrechtlichen Überlastungsanzeigen. Wenn ich Ihnen heute trotzdem keine Mehrung der Stellen vorschlage, dann hat dies einzig und allein damit

zu tun, dass der Kreistag dankenswerterweise im vergangenen Jahr die Durchführung einer Organisationsuntersuchung im Jugendamt beschlossen hat. Ich erhoffe mir von dieser Untersuchung nachhaltige Verbesserungen in den Arbeitsabläufen, um so zu einer Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu kommen.

Damit wäre ich bei den Personalkosten. Der Stellenplan ist unverändert, trotz zusätzlicher Aufgaben etwa im Bereich des Waffenrechts, der Lebensmittelüberwachung oder der Landwirtschaftsverwaltung ist es uns gelungen, durch Veränderung von Arbeitszuschnitten die zum Teil deutliche Mehrarbeit aufzufangen. Trotzdem wird allein auf Grund tarifrechtlicher und arbeitsrechtlicher Veränderungen die Lohnkostensumme nach den Berechnungen des kommunalen Rechenzentrums auf deutlich über 40 Mio. Euro ansteigen. Wir haben von Seiten der Verwaltung alles daran gesetzt, diese magische Grenze nicht zu überschreiten. Ich weiß, dass es nicht immer sinnvoll ist, Stellen, die frei werden, nicht sofort wieder zu besetzen.
Trotzdem werden wir im kommenden Jahr zu diesem Mittel greifen, um die Steigerung der Lohnsummen im Griff zu behalten. Gegenüber den Berechnungen des regionalen Rechenzentrums haben wir so die Gesamtlohnkosten um rund 600 Tausend Euro auf 39,4 Mio. Euro reduziert.

Ich bin allen fünf Dezernaten im Haus dafür dankbar, dass jeder in seinem Bereich intensiv daran mitgewirkt hat, Ausgaben zu reduzieren. Gegenüber den ursprünglichen Mittelanmeldungen, die nach der Sommerpause der Kämmerei vorlagen, konnte das Gesamtergebnis im Entwurf des Haushaltsplans 2010 um über 10 Mio. Euro verbessert werden.

Ein Stück weit mussten dazu auch im Vermögenshaushalt die Investitionen gestreckt werden. Dies bedeutet, dass wir bei der Umsetzung des Kreisstraßenbauprogramms bei weitem nicht so schnell vorankommen, wie dies der Kreistag 2003 bei der grundsätzlichen Beschlussfassung über das Ausbauprogramm vorgesehen hatte. Trotzdem hoffen wir, im kommenden Jahr mit der Südumfahrung Kehlen beginnen und das Planfeststellungsverfahren für die Südumfahrung Markdorf zum Abschluss bringen zu können.

Bei ersterem steht nach wie vor leider der Verhandlungstermin vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen aus, bei letzterem liegen uns rund 2500 Widersprüche vor, die wir im Laufe des kommenden Jahres abarbeiten müssen, bevor das Regierungspräsidium Tübingen dann – hoffentlich – zum Planfeststellungsbeschluss kommen kann. Im Übrigen kosten diese Widersprüche auch richtig viel Geld. Wir gehen davon

aus, dass wir eine Reihe zusätzlicher gutachterlicher Stellungnahmen zu verschiedenen Themen brauchen werden.

Um einen öffentlichen Haushalt auszugleichen, gibt es letztlich drei Stellschrauben, nämlich die in der Einnahmenerhöhung, der Ausgabenreduzierung und letztlich die dritte Schraube, nämlich die Kreditaufnahme. Der Haushaltsplanentwurf 2010 sieht eine Netto-Nullverschuldung vor. Dies bedeutet, dass die vorgesehenen Kreditaufnahmen die fällig werdenden Tilgungsleistungen nicht übersteigen werden. Der Schuldenstand des Landkreises wird also gleich bleiben. Fast allen Landkreisen in Baden-Württemberg ist es gelungen, in den letzten – guten – Jahren den Schuldenstand zu reduzieren. Ein kleines Stück weit dürfen wir feststellen, dass dies auch im Bodenseekreis gelungen ist.

Trotzdem bleibe ich bei meiner Feststellung, dass die Verschuldung zu hoch ist und wir in den nächsten Jahren alles daran setzen müssen, den immer noch 50 % über dem durchschnittlichen Schuldenstand der baden-württembergischen Landkreise liegenden Verschuldungsgrad des Bodenseekreises deutlich zu reduzieren. Auch künftige Generationen haben einen Anspruch darauf, ihre Investitionswünsche verwirklichen zu können. Wir dürfen dies nicht dadurch vereiteln, dass wir Investitionsfreiräume durch hohe Zins- und Tilgungsleistungen belasten. Der Bodenseekreis wird auch im Jahr 2010 2,6 Mio. Euro an Zinsen zu zahlen haben. Diese würden uns gut tun bei der Verbesserung der Infrastruktur in Schulen, im sozialen Bereich und bei den Straßen. Deshalb habe ich alles daran gesetzt, dass wir Ihnen nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt 2010 vorlegen können, sondern dass auch keine zusätzlichen Schulden notwendig werden.

Dass dies gelungen ist, hat in den vergangenen Wochen erheblicher Anstrengungen bedurft. Es verging keine Dezernentenrunde, in der nicht intensiv die Haushaltszahlen durchgesprochen wurden. Jeder hat seinen Teil dazu beigetragen, dass wir Ihnen heute dieses Ergebnis vorlegen können. Ich will aber auch bekennen, dass wir damit „die Hosen heruntergelassen haben“.
Nachdem auf berechtigten Wunsch des Kreistages die Haushaltseinnahme- und ausgabereste in den letzten Jahren auf einen Bruchteil ihrer ursprünglichen Höhe reduziert wurden, nachdem wir bei der Erbringung der Effizienzrendite auf einen noch nicht ganz perfekten, aber doch ordentlichen Weg sind und nachdem wir mit immer weniger Mittelzuweisungen von Bund und Land zu kämpfen haben, ist heute auch nicht ansatzweise zu erkennen, wie die zu erwartenden Mindereinnahmen ab 2011 im Bereich der Kreisumlage aufgefangen werden können. Wir beabsichtigen

deshalb, im kommenden Jahr alle Positionen unseres Haushaltes im Rahmen einer Haushaltsstrukturkommission auf den Prüfstand zu stellen, um auf die erkennbaren Probleme frühzeitig reagieren zu können.

Mein abschließender Dank gilt unserer Kreiskämmerin, Frau Schwartz, die es geschafft hat, viele auch gegen Widerstände davon zu überzeugen, dass überall gespart werden muss. Angesichts der Gesamtfinanzlage ist dieses jedoch absolut notwendig und erforderlich. Mein Dank gilt aber auch unserem neuen Kämmereiamtsleiter, Herrn Kaiser, der sich trotz einer erfolgreich absolvierten Zusatzausbildung innerhalb kürzester Zeit in den komplizierten Haushalt eingearbeitet hat.
Es ist mir eine Freude, trotz aller Finanzproblematik, mit einem solchen Team zusammen zu arbeiten.

Ich wünsche uns nun eine gute und zielorientierte Haushaltsplanberatung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Lothar Wölfle
Landrat